

■ »Not macht erfinderisch«

Interview mit Carmen Emigholz zum Solidarpakt Kultur in Bremen

Die Süddeutsche Zeitung schrieb, dass Bremen einen Solidarpakt Kultur beschlossen hat. Was ist darunter zu verstehen?

Carmen Emigholz: Not macht erfinderisch. Es ist ja ein offenes Geheimnis, dass Bremen die Schlussphase der Haushaltssanierung vor sich hat. Das sind wirtschaftlich anstrengende Zeiten, gerade auch für den Kulturbereich. Wir möchten gerne, dass nicht nur die traditionellen Kultureinrichtungen oder diejenigen, die sich schon im Netz staatlicher Förderung befinden, sondern eben auch freie Künstlerinnen und Künstler eine Perspektive haben. Aus diesem Grund haben wir eine gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme der institutionell geförderten Bereiche erbeten, die sowohl finanzielle Förderung als auch viele Sachleistungen enthält.

War es schwierig, die Einrichtungen zu überzeugen, sich zu engagieren und etwas abzugeben?

Nein, aber es hat eine gewisse Zeit gebraucht, Überlegungen zu konkretisieren. Es kommt uns zugute, dass wir kein Flächenstaat im eigentlichen Sinne sind, sondern ein Stadtstaat der kurzen Wege. Wir haben viele intensive Gespräche geführt. Es ist so, dass vom Solidarpakt einzelne Kulturakteure selbstverständlich profitieren, aber wir ha-

ben auch viele Aktivitäten organisiert, bei denen man merkt, dass es ein gegenseitiges Geben und Nehmen ist und es Unterstützung gibt, um die kulturelle Vielfalt zu erhalten.

Das Geld soll den Freien zugutekommen. Nun ist die Freie Szene in Bremen sehr groß und auch sehr unterschiedlich aufgestellt. An wen haben Sie vor allem gedacht?

Wir haben beim Solidarpakt an freie Künstlerinnen und Künstler gedacht, die nicht institutsgebunden arbeiten. Bremische Kultureinrichtungen tun sehr viel dafür, dass freie Kunstschaffende in ihre Arbeitsprozesse regulär integriert werden. Kern unserer Überlegung war, dass es für Kreative aber einen Unterschied macht, in Prozesse von geförderten Institutionen eingebunden zu sein oder konkret eigene Ideen verwirklichen zu können. Überdies gibt es inzwischen auch viele Einrichtungen der Freien Szene, die über eigene



festen Haushaltstitel verfügen. Für diese haben wir eine zusätzliche Ausschüttung von Projektmitteln in gleicher Höhe ermöglicht.

Wieviel Geld ist jetzt zusammengekommen?

Im Wesentlichen gibt es zwei Bereiche: 306.000 Euro für den Solidarpakt für freie Künstler und Künstlerinnen und 306.470 für freie Initiativen, die schon eine staatliche Grundförderung erhalten. Zudem geben wir 120.000 Euro aus der Start-Stiftung für kul-

turpädagogische Projekte und Haushaltsreste für kleinere Initiativen aus. Nicht eingerechnet haben wir zum jetzigen Zeitpunkt die zusätzlichen geldwerten Leistungen. Viele Akteure haben sich daran beteiligt, weil sie sagen, dass ihnen diese Initiative wichtig ist. Sie wollen noch mit eigenen Mitteln Angebote an die Freie Szene machen, und das werden wir mit Abschluss des ersten Jahres Solidarpakt auch versuchen zu bilanzieren

SAVE THE DATE

6. Bundesfachkongress Interkultur in Braunschweig

»Land in Sicht« – Interkulturelle Visionen für heute und morgen

3. bis 5. April 2017

Optimistisch stellen wir diesen Kongress unter das Motto der Landentdecker auf großer Fahrt. Bestandsaufnahme, Wissen und Handlungskonzepte werden unser Agieren in der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland neu fundamentieren, wo in den letzten Jahren seit dem Mannheimer Kongress 2014 so viel geschah, so manche gefühlte Sicherheit ins Wanken geriet, und wo »Land in Sicht« für viele Tausende Geflüchtete lebensrettend war.

»Landgewinnung« war eine Absicht des Nationalen Integrationsplans, ebenso wie neue Konzepte für gerechte und kreative Einbeziehung des ganzen Landes erprobt werden mussten und müssen. Und dass weltweite Migration nicht in einem Land, sondern nur gemeinsam in Europa geschultert werden kann, wurde mehr als deutlich.

Auf diesem Bundesfachkongress sollen Visionen entwickelt werden, die realistische Perspektiven und Ideen für das gemeinsame Leben in mobilitätsgeprägten Gesellschaften aufzeigen, aber auch konkreten Utopien Raum lassen und dafür politische Konzepte entwickeln – diversitätsorientiert und antirassistisch.

Kunst und Kultur können dabei eine Schlüsselfunktion übernehmen, da sie an menschlichen Fähigkeiten und Stärken ansetzen und nicht Defizite betonen. Sie bauen auf dem kulturpolitischen Leitmotiv der gleichberechtigten Teilhabe aller Bürger*innen jenseits von nationaler Herkunft, Geschlecht und sozialer Lage auf.

Erfahrungen kommunizieren, Störfaktoren erkennen, Einsichten zur Debatte stellen, unterschiedliche Schlussfolgerungen benennen – und dies in einem gesamtgesellschaftlichen Grundverständnis, das den Menschen und seine Würde in das Zentrum des Diskurses stellt: »Land in Sicht – Interkulturelle Visionen für heute und morgen«.

und zu quantifizieren. Dafür müssen wir aber erst sehen, wie Angebote angenommen wurden.

Zu den geldwerten Leistungen gehört die Überlassung von Aufführungs- und Proberäumen?

Zum Beispiel. Aber auch das Angebot, für die Berufsbildung junger Kreativer etwas zu tun und das Angebot, Praktikanten miteinander zu verbinden und ein Zukunftsnetzwerk innerhalb der Freien Szene zu schaffen.

Wie ist das Geld jetzt verteilt worden?

Wir hatten Jurys für drei Bereiche berufen, erstens für Tanz, Theater, Musik, zweitens für Bildende Kunst, Literatur und Medien und drittens für den ganzen Bereich der Stadtkultur. Die Jurys trafen eine Vorauswahl, dann tagte ein Vergabeausschuss, der die ganze Gemengelage sortierte. Dieser leitete schließlich eine Empfehlung, die auf den Entscheidungen der Jurys beruhte, an die Deputierten weiter zur Letztentscheidung der Parlamentarier. Die Fachpolitiker haben der Vergabe der Fördermittel auf der Deputationsitzung am 15. November 2016 zugestimmt.

Wie lange soll der Solidaripakt existieren?

Wir lassen ihn jetzt ein Jahr als Modellversuch laufen und haben mit den Kulturakteuren verabredet, dass wir versuchen, ihn bis 2019, dem Ende der Haushaltssanierung, fortzusetzen. Dabei wollen wir unsere Erfahrun-

gen auswerten und eventuelle kritische Aspekte miteinbeziehen. Für mich ist klar, dass das Prinzip der Freiwilligkeit und Verkraftbarkeit bei der Bemessung der Spielräume eine Rolle spielen muss. Generell gilt, dass wir nach dieser Zeit anstreben, eine feste Position für die Projektförderung freier Akteure in den Haushalt aufzunehmen.

Planen Sie eine Evaluierung?

Ja, wir werden den Deputierten, die ja jährlich über die Vergabe der Projektmittel zu entscheiden haben, eine Vorlage mit Maßnahmen und Ideen erstellen und auch nach Absprache mit den Jurys und den Akteuren darin aufführen, in welcher Weise wir uns Modifikationen vorstellen können. Es ist eine gute Tradition in Bremen, sich gemeinsam zu einer Arbeitsklausur zu treffen und dann ein Empfehlungspapier herauszugeben.

Ist Ihnen bekannt, ob ein Modell wie der Solidaripakt bundesweit schon angewendet wird?

Derzeit in dieser Form nicht, aber es gibt momentan insgesamt Aufmerksamkeit für verschiedenste Fördermodelle, somit auch für unseres. Das Beste an einem offenen Austausch von Ideen ist doch, dass wir alle voneinander lernen können. Ich wäre aber zurückhaltend damit, zu sagen, dass wir die einzigen sind, denn wir haben dazu keine empirische Forschung gemacht, sondern einfach nur eine Lösung gesucht.

Fürchten Sie nicht, dass das Finanzressort aufmerksam verfolgt, dass einzelne Einrichtungen Geld abgeben können, und als Folge in den folgenden Haushaltsberatungen darauf drängt, diesen die Ansätze zu kürzen?

Ich glaube, die Befürchtung besteht nicht. Was im Kulturbereich schon Spielräume eröffnet, das würden Großressorts eher für beängstigende Handlungsrahmen halten. Eine Wahrnehmung die ganz bestimmt nicht nur Bremen betrifft. Zudem ist es so, dass es nicht nur im Rahmen des Solidaripaktes faktisch eine Form von Liquiditätssteuerung gibt, sondern dass wir auf allen Feldern versuchen, unsere Ressourcen so einzusetzen, dass möglichst alle vernünftig arbeiten können. Für ein Gelingen ist große Achtsamkeit und eine gute Kommunikationskultur mit den verantwortlichen Akteuren Voraussetzung.

Mit dem Solidaripakt rücken die Einrichtungen und die Freie Szene enger zusammen. Wird es in Zukunft noch wichtiger werden, dass alle Kulturakteure miteinander kooperieren?

Ich bin davon überzeugt, dass in diesen Zeiten eine solche Entwicklung positiv ist, weil wir alle feststellen müssen, dass die Ressourcen sich in den nächsten Jahren absehbar ändern werden. Es ist gut, wenn wir auf gesellschaftliche Herausforderungen mit eigenen Ideen reagieren und ein Arbeitsklima haben, das ein Miteinander möglich macht.

Nachruf auf Barbara Kisseler

Wer der Kulturpolitikerin Barbara Kisseler begegnete, musste den Eindruck gewinnen, dass Kulturpolitik eine gute Sache sei: Sie strahlte stets Zufriedenheit, Zuversicht und Freude aus – als könnte es nichts Schöneres geben als im Bereich von Kultur, Kunst und Kulturpolitik tätig zu sein! Das galt für ihren kommunalpolitischen Beginn in NRW, ihr Wirken im Kulturressort des Niedersächsischen Landesministeriums, dann in Leitungsfunktion in der Berliner Senatskanzlei und beim Kultursenator sowie schließlich als Hamburger Kultursenatorin.

Wer mit ihr als Kulturexpertin im Kompetenzteam von Frank-Walter Steinmeier im Wahlkampf 2010 unterwegs war, wird sie in der kulturpolitischen Gewissheit bewundert haben: Sollte so viel Kompetenz und Engagement nicht von Erfolg gekrönt sein! Das war ihr dann doch nicht vergönnt; schließlich aber wurde sie 2011 eine hochgeachtete Hamburger Kultursenatorin. Auch

wenn die Elbphilharmonie nicht ihr wichtigstes Anliegen war, so hätte sie doch die kürzlich erfolgte feierliche Eröffnung als Kultursenatorin mit Freude genossen! Dazu ist es nicht mehr gekommen: Barbara Kisseler starb am 7. Oktober, viel zu jung, nur 67-jährig. Berufslebenslang war sie tätiges Mitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft: Sie hat der Kulturpolitik in diesem Lande gut getan!



Foto: Bertold Fabricius

Olaf Schwencke